

Die Energiewende vertreibt die Industrie aus der BRD

Schuldskult

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]
NAEB 2302 am 22.1.2023

Die Deindustrialisierung in der BRD sei durch Mangel und hohe Kosten für Energie durch die militärische Spezialoperation von Russland in der Ukraine verursacht, behauptet die Bundesregierung. Das ist falsch. Die Energiewende ist die eigentliche Ursache der Deindustrialisierung, die der Bürgerkrieg in der Ukraine seit 2014 nur beschleunigt.

Mit der Energiewende beginnt ein systematisches Auswandern von Industriebetrieben. Die Strompreise steigen kräftig, denn der unplanbare und stark schwankende Windstrom und Sonnenstrom ist im Mittel viermal teurer als regelbarer Kraftwerksstrom. Ein Drittel "grüner" Strom im Netz hat die Stromkosten verdoppelt.

Steigende Umlagen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) und Abgaben auf CO₂-Emissionen, die jederzeit geändert werden können, verhindern eine berechenbare Energieplanung. Die Versorgungssicherheit leidet unter dem stark schwankenden Windstrom und Solarstrom. Immer häufiger müssen energieintensive Anlagen bei Flaute vom Netz genommen werden. Bei Starkwind und Sonnenschein muss dagegen der überflüssige Strom ins Ausland exportiert werden, oft durch Zuzahlung. Dieser Strom ist zweitklassig, denn er kann kein stabiles Stromnetz aufbauen und auf den Bedarf regeln.

Um das deutlich zu machen, wird er zunehmend als Fakepower (Fake = Täuschung) bezeichnet. Die Bundesregierung und die sie stützenden Parteien täuschen die Bürger mit der Aussage, die BRD könne fast ausschließlich mit diesem "grünen" Strom versorgt werden.

Mit dem Argument der "Klimarettung" wird die Energiewende vorangetrieben. Die Ziele bleiben im Nebel. Auf Grund von Modellrechnungen wird behauptet, CO₂ aus der Verbrennung von Kohle, Erdgas und Erdöl erhöhe durch Absorption von Infrarotstrahlung die Erdtemperatur gefährlich. Durch diese vermeintliche Erderwärmung würden die Eiskappen an den Polen abschmelzen und der steigende Meeresspiegel große Gebiete der Landmasse überfluten. Doch es gibt keine experimentell nachprüfbaren Beweise, dass mehr CO₂ in der Luft die Erderwärmung verstärkt. Wasserdampf, der viel mehr Infrarotstrahlung absorbiert, wird bei der angeblichen Klimarettung dagegen konsequent ignoriert.

So wandert die Industrie ab

Bereits im Oktober 2017 hat der Stromverbraucherschutz NAEB in einer Pressemitteilung die Abwanderung der Industrie aus der BRD wegen steigender Energiekosten beschrieben: "Man braucht kein großer Wirtschaftsexperte zu sein, um vorauszusagen, wie die Verlagerung der Stahlindustrie in der BRD ablaufen wird. Die Produktion läuft zunächst weiter. Die Instandhaltung der Anlagen wird gestoppt. Es werden nur noch die für die Aufrechterhaltung der Produktion unbedingt notwendigen Reparaturen durchgeführt. Mit den weitgehend abgeschriebenen Anlagen ohne Instandhaltungsaufwand wird noch Geld verdient.

Mit diesem Geld werden im kostengünstigen Ausland neue Werke aufgebaut. Wenn die Reparaturkosten der auf Verschleiß gefahrenen Werke in BRD zu hoch werden, wird die Firma an einen "Investor" verkauft, der sie in die Insolvenz treibt. In vielen Fällen verlieren dann die Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz und auch noch zugesagte Werkspensionen. Die Flucht aus dem Energiewendeland BRD läuft seit mehr als 10 Jahren, teils unbemerkt, teils sogar als wichtige Auslandsinvestitionen von der Politik gefeiert."

Die volkswirtschaftlichen Indikatoren bestätigen diese Sicht. Die Reinvestitionsquote (Investitionen / Abschreibungen) ist mit der Energiewende auf 90 Prozent gesunken. Es werden kaum noch alte Anlagen ersetzt. Die Industrie schrumpft. Arbeitsplätze gehen verloren. Die Kapitalausfuhr aus der BRD stieg auf 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (über 200 Milliarden Euro/Jahr). Die Richtlinien der EU erlauben maximal 4 Prozent. Doch es gab bisher keinen Einspruch.

Mit dem exportierten Geld werden neue Anlagen in Ländern aufgebaut, die eine preiswerte und sichere Energieversorgung bieten. Der Ukraine-Bürgerkrieg seit 2014 beschleunigt die Abwanderung. Viele Betriebe, deren Management an die Energiewende zur Klimarettung glaubte, mussten inzwischen wegen unbezahlbarer Energiekosten schließen. Die Deindustrialisierung läuft immer schneller. Deutsche Firmen weisen ordentliche Gewinne nur von ihren ausländischen Niederlassungen aus.

Massive Beeinflussung durch Ideologen

Es ist unverständlich, dass fast alle maßgeblichen Gruppen immer noch die Aktionen zum Klimaschutz gutheißen oder gar als notwendig ansehen. Hier zeigt sich, wie man Menschen beeinflussen kann, wenn sie in jedem zweiten Halbsatz von den Medien, von den Politikern, in den Schulen, kurz, von allen Seiten aufgefordert werden, das Klima zu schützen.

Hinzu kommt Psychoterror. Wer sich gegen die angesagten Maßnahmen zum Klimaschutz wendet, wird ausgegrenzt. Es gibt sogar Forderungen, ihn als angeblichen "Klimaleugner" vor Gericht zu stellen. Eine sachliche Bewertung der verschiedenen Erkenntnisse wird abgelehnt. Ideologen kennen die Wahrheit, nur sie allein. Sie brauchen und wollen keine kritische Auseinandersetzung. Wenn man ihnen folgt und erst einmal Mühen auf sich nimmt, kommt man in ein Paradies.

Klimaschutz ist wichtiger als Arbeitsplätze und Wohlstand

So werben Firmen mit "go green", statt sich dem Wettbewerb zu stellen, und fordern dafür Subventionen vom Staat, also den Steuerzahlern. Den Gewerkschaften ist der Klimaschutz wichtiger als der Arbeitsplatz ihrer Mitglieder. Werden Betriebe wegen unbezahlbarer Energiekosten insolvent, fordern sie statt den Schluss der teuren Energiewende für die Mitglieder, die arbeitslos geworden sind, lediglich eine Abfindung oder Umschulung.

Viele Geldinstitute setzen die politische Forderung um, keine "klimaschädlichen" Industrien zu finanzieren. Dazu gehören an erster Stelle Firmen, die Kohle, Erdgas und Erdöl fördern und verbrauchen. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz war von 2016 bis 2020 Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock, dem größten Finanzkonzern der Welt (Wikipedia), der sich dem "Klimaschutz" offiziell widmet. Diese Finanzpolitik führt inzwischen zu einer Verknappung und Verteuerung der unterirdischen Brennstoffe, weil Kapital fehlt, um neue Vorkommen aufzuschließen. Merz hält diese Linie ein. Er hat inzwischen die CDU zur Energiewende für den "Klimaschutz" verpflichtet. Damit gibt es außer der AfD keine Partei im Bundestag, die die Energiewende und ihre Folgen kritisch bewertet.

Zurück zum freien Markt

Die Energiewende kann nur mit Subventionen und immer mehr staatlichen Regulierungen durchgesetzt werden. Der freie Markt wird so zunehmend

außer Kraft gesetzt. Doch das gelingt nur kurzzeitig. Fällt die Förderung von unterirdischen Brennstoffen von Banken weg, kommt es zur Verknappung und Preisanstiegen, bis aus den steigenden Gewinnen die Förderung wieder mit eigenen Mitteln vergrößert werden kann. Geschichte und Erfahrung zeigen, kurzfristig kann der freie Markt behindert werden. Längerfristig setzt er sich immer wieder durch.

Sollen die Abwanderung und das Sterben der Industrie beendet werden, muss ein freier Markt in der Energieversorgung entstehen: Schluss mit der staatlichen Energiewende, welche die Stromkosten verdreifacht hat!

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

WELTGRÖßTER AUTO BAUER STOPPT E-AUTO PRODUKTION!
3. Januar 2023 | Erfolgskanal - Community für Finanzen & Wirtschaft
ANDREAS POPP & EVA HERMANN ? <https://t.me/s/EvaHermanOffiziell>
<https://www.youtube.com/watch?v=hCLeYqTOHk8>

Kein Strom für E-Auto und Wärmepumpe: Die brisanten Pläne der Bundesnetzagentur

20. Januar 2022 | agrarheute

Die Elektromobilität auf den Straßen der BRD ist stark im Kommen. Gleichzeitig ist es politischer und wissenschaftlicher Konsens, dass zukünftig möglichst viele Hausbesitzer ihre Heizungen auf effiziente Wärmepumpen umstellen. Doch was bedeutet das eigentlich für die Stabilität des Stromnetzes und was plant die Bundesnetzagentur?

<https://www.youtube.com/watch?v=CjHjkiP5sA>

Elektroautoverbot ab 2035 - Wer kommt auf solche Ideen?

21. Januar 2023 | Strom bewegt

Bisher war es klar, dass Verbrenneraus kommt spätestens im Jahre 2035. Aber da gibt es ein kleines Dorf, das diesen Ideen Widerstand leistet. Also genauer gesagt ein US-Bundesstaat, der im Rahmen einer Resolution genau dies fordert. Und das im Geburtsland des Teslas. Die Frage ist, ist das wirklich ernst gemeint? Lasst uns genau in diesem Video darüber reden.

<https://www.youtube.com/watch?v=nS8A-TrJ7QA>

[1] Bildquelle: StockKosh-Industry-902e3bee9f2bd50f

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

